

## **Die Freiheit des Kapitals als schrankenloses Privileg unter der Tarnkappe des Wohlstands für alle**

**Von Helmut Gelhardt, KAB-Mitglied, 02.02.2014**

Der größte „Handelsdeal aller Zeiten“ steht den Menschen beidseits des Atlantiks bevor. Sein Name: 'Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union (TTIP)'. Nach der Intention und Hoffnung der Befürworter des geplanten Freihandelsabkommens soll dieses sich zu einem riesigen Erfolgsprojekt von Amerikanern und Europäern entwickeln. Durch den Abbau von Handelsschranken sollen Hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen und Mehreinnahmen von jeweils etwa 100 Milliarden Euro pro Jahr generiert werden. Die dahinterstehende Denkweise: Schließlich habe die Liberalisierung von Märkten schon immer den Wohlstand gemehrt. Die Frage ist - für WEN? Und weiter ist zu fragen: Sind die ausgerufenen wirtschaftlichen Effekte überhaupt realistisch? Die Studie des Londoner Centre for Economic Policy Research (CEPR) erwartet bei einer sehr weitreichenden Liberalisierung ein zusätzliches Wirtschaftswachstum in der EU bis 2027 von 0,48 Prozent. Allerdings nicht jährlich, sondern insgesamt. Dies würde einem jährlichen Effekt von nur 0,03 Prozent entsprechen!

Ziel des geplanten Freihandelsabkommens, dass im Herbst 2014 ausverhandelt sein soll, sind gegenseitige Vereinbarungen zum Investitionsschutz und zur Deregulierung und somit der Abbau des Verbraucher-, Umweltschutzes und der Arbeitnehmerrechte. Mit Blick auf die Arbeitnehmerrechte muss klar erkannt werden, dass sechs der acht von der International Labour Organisation (ILO) - einer Unterorganisation der Vereinten Nationen - festgelegten arbeitsrechtlichen Kern-Normen bis heute von den USA nicht anerkannt werden. Konkret geht es u.a. um das Recht der Arbeitnehmer sich frei in Gewerkschaften zu organisieren, die Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit allgemein, das Recht auf kollektive Tarifverträge, gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau, das Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt aufgrund Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler und sozialer Herkunft.

Diese in Europa existierenden Standards werden als Handelshemmnisse zwischen den USA und der EU betrachtet und im Klartext als Profithemmnisse für die Konzerne angesehen. Die Standards sollen daher „harmonisiert“, d.h. praktisch auf den niedrigsten Nenner nach unten angeglichen werden. Dies ist der Mechanismus, der die prognostizierten Mehreinnahmen von jeweils 100 Milliarden Euro pro Jahr gewährleisten soll. Kritiker werden vom Pressesprecher der EU-Kommission John Clancey als „Feinde des Handels“ abqualifiziert (radio FM4 ORF, 18.12.2013).

Die Verhandlungen wurden und werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt und damit einer wirksamen demokratischen Kontrolle bewusst entzogen. U.a. geht es um Gen-Essen, mit Hormonen behandeltes Fleisch, gechlortes Hühnerfleisch, Fracking (umweltschädliche Erdgasförderung), privatisierte Trinkwasserversorgung, Privatisierungen allgemein, nachlässigen Datenschutz, Gesundheits-, Sicherheitsschutz, die exzessive Sicherung von sogenannten Urheberrechten, wodurch der Zugang zu Kultur, Bildung und Wissenschaft erschwert wird und die Agrarindustrie noch mehr Macht erhält. Dieser marktradikale Generalangriff auf den Umweltschutz, die Rechte der Verbraucher, die bäuerliche Landwirtschaft und die Rechte der Masse der Arbeitnehmer soll flankiert und gestützt werden durch Einführung von internationalen, nicht öffentlich tagenden, Schiedsgerichten außerhalb der bisher bestehenden Gerichtsbarkeit. Konzerne, die ihre Profite geschmälert sehen durch „übertriebenen“ Verbraucherschutz, Umweltschutz und „ausufernde“ Arbeitnehmerrechte, könnten zukünftig „Schadensersatz“ verlangen! D.h. praktisch: Demokratische Staaten auf beiden Seiten des Atlantiks sollen keine Gesetze mehr beschließen, die den Konzernen die erwarteten Profite reduzieren könnten. Wenn dies so umgesetzt wird, herrscht nicht mehr das Volk, sondern nahezu unbeschränkt das Geld. An die Stelle der Demokratie tritt dann die Plutokratie! Wir brauchen aber nicht den Abbau, sondern dringend die Bewahrung bzw. den wirksamen Ausbau von Verbraucherschutz-, Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz, demokratischen Grund- und überhaupt Menschenrechten.

Deshalb stehen auch Organisationen wie die deutsche Verbraucherzentrale, der Bund für Umwelt und Naturschutz, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft diesem Abkommen zutiefst kritisch und mit großer Sorge gegenüber.

Aber nicht nur das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU bietet Anlass zu kraftvollem Widerstand. Mittlerweile wurden die ebenfalls geheimen Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der Regierung Kanadas um ein inhaltlich ähnliches Abkommen namens CETA abgeschlossen. Bekannt wurde jedoch, dass die Einrichtung von dubiosen überstaatlichen Schiedsgerichten von der EU-Kommission und der Regierung Kanadas befürwortet wird. Große Konzerne verlangen eine Sondergerichtsbarkeit für ihre Interessen und die Exekutive kommt dem nach. Es bleibt nur zu hoffen, dass das EU-Parlament dieses Abkommen schon wegen der vorgesehenen Schiedsgerichtsbarkeit insgesamt ablehnt. Fatal wäre es, würde das CETA-Abkommen in Kraft treten, während die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TIPP zwischen der EU und den USA noch nicht beendet sind. Nach Ansicht von Michael R. Krätke in 'Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2014' hätten die USA dann einen entscheidenden Vorteil. Die US-Konzerne könnten über ihre kanadischen Standorte und Tochterfirmen jederzeit zu gleichen Bedingungen auf den europäischen Markt vordringen wie kanadische Unternehmen – umgekehrt wäre das schon erheblich schwieriger.

Ähnliche Absichten wie das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU und das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada verfolgt der geplante EU-Wettbewerbspakt. Alle Staaten der Eurozone sollen sich durch Verträge mit der EU-Kommission zu „Strukturreformen“ verpflichten um ihre „Wettbewerbsfähigkeit“ zu verbessern. Dies bedeutet Einschnitte im Arbeitsmarkt, bei öffentlichen Dienstleistungen, dem Bildungs- und Ausbildungswesen. Konkret: Verpflichtung zur Lohnzurückhaltung, Lohnverhandlungen auf betrieblicher Ebene, ausgehebelte Kollektivverträge, Verhinderung automatischer Anpassung von Mindestlöhnen. Die zu erwartenden Folgen: Weitere Prekarisierung der sog. Mittelschicht, wachsender Niedriglohnsektor, schrumpfende Binnennachfrage, Verfestigung der Situation der jetzt schon wirtschaftlich abgehängten und ausgegrenzten Menschen. Damit würde jene Krisenpolitik ausgeweitet und verschärft, die in den letzten Jahren Südeuropa sehr scharf an den Rand des Ruins gebracht hat. Steigende Armut und Arbeitslosigkeit würden die soziale und politische Spaltung Europas weiter vertiefen. Die nationalen Parlamente würden in wirtschaftspolitischen Fragen jedenfalls weitgehend entmündigt. Dieser Angriff auf soziale und gewerkschaftliche Rechte sowie die Masseneinkommen ist antidemokratisch und volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Niedrige Löhne schaffen keinen Wohlstand. Dieser neoliberale Extremismus darf keinesfalls hingenommen werden!

Und als wäre das alles noch nicht genug, verhandeln die USA auch noch das 'Pazifische Freihandelsabkommen (TPP)' u.a. mit Australien, Neuseeland, Japan, Brunei, Malaysia, Singapur, Vietnam, Chile und Peru als Pendant zum Freihandelsabkommen EU / USA (TIPP) – vgl. E.F. Kaeding am 27.01.2014 in 'Telepolis'. Für die Arbeitnehmer wird dies ein „Wettlauf nach unten“ (Larry Cohen, Präsident von Communications Workers of America (CWA) - größte Gewerkschaft der Kommunikations- und Medienbranche in den USA). In einem offenen Brief von Anfang Dezember 2013 warnt der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz vor „schwerwiegenden Risiken“. Die TPP würde versuchen, die „schlimmsten Merkmale der schlimmsten Gesetze“ in ein verbindliches Handelsabkommen zu gießen. Was hat dieses 'Pazifische Freihandelsabkommen' mit der Bundesrepublik Deutschland und Europa zu tun? Im Zeitalter der Globalisierung sind die Wechselbeziehungen weitgehend unmittelbar! Wir dürfen die Augen und Ohren nicht verschließen. Tun wir dies doch - gibt es ein bitterböses Erwachen! Die Unterwerfung unter eine Wirtschaft die tötet - wäre dann komplett und unumkehrbar. Dies müssen wir uns klar und ständig bewusst machen - nicht nur bei der Europawahl am 25. Mai 2014.